

GELUNGENE HERBSTPARTY DER SVP RUSSIKON

Gesundheitspolitik als Minenfeld

Seit vielen Jahren lädt die SVP Russikon zur traditionellen Herbstparty. Präsident Hans Aeschlimann konnte dieses Jahr Kantonsrat Benjamin Fischer als Referenten, alt Nationalratspräsident Max Binder, den Präsidenten der SVP-Bezirkspartei, Paul von Euw, Mitglieder von Kantons- und Gemeindebehörden, Gäste aus Nachbarsektionen und die Mitglieder und Sympathisanten der SVP Russikon begrüßen.



Benjamin Fischer im Austausch mit Max Binder und Hans Aeschlimann.

svp. Kantonsrat Benjamin Fischer, Präsident der JSVP Schweiz, weist darauf hin, dass das Sozial- und Gesundheitswesen bei Politikern eher ein unbeliebtes, kompliziertes Thema ist, das sich schlecht für einfache Lösungen und populäre Wahlversprechen eignet. Die Kosten steigen permanent, so werden heute jährlich bereits rund 23 Milliarden Franken für soziale Wohlfahrt ausgegeben, was gut ein Drittel des Bundesbudgets ausmacht.

Umverteilungssysteme und Zwangsabgaben

Im Kanton Zürich kommen jährlich rund 700 Mio. Franken netto für Beiträge an Soziale Einrichtungen, Beiträge an Zusatzleistungen zur AHV/IV an Gemeinden, Beiträge an öffentliche Sozialhilfe und Familienzulagen für Nichterwerbstätige dazu. Noch nicht erwähnt

sind dabei kantonale Ausgaben für das Gesundheitswesen, welche ebenfalls einen Umverteilungscharakter haben, sowie die Umverteilungssysteme und Zwangsabgaben wie die Krankenkassen und Pensionskassen. Und dann natürlich noch die eigentliche Sozialhilfe, welche durch die Gemeinden geleistet wird.

Es ist ein Minenfeld aus zahlreichen Akteuren mit sich widersprechenden Interessen. Dies auch, weil Politiker in Verwaltungsräten, Verbänden und in der Sozialindustrie tätig sind und damit verschiedene Interessengruppen vertreten. Je grösser ein soziales Netz wird, desto weniger Freiheit und Eigenverantwortung lässt es zu.

Denn je mehr der Staat für die Kosten ungesunden Lebensstils aufkommen muss, desto mehr fühlen sich seine Repräsentanten auch berechtigt, vorschreiben, wie der Einzelne sich zu

ernähren, zu bewegen und zu verhalten hat. Eine zunehmende Anspruchshaltung der Versicherten ist mit ein Grund für die explodierenden Kosten. Ein ausgebauter Sozialstaat funktioniert jedoch nur, solange die Wirtschaftsleistung genügend hoch ist, um ihn zu finanzieren.

Sozialhilfeempfänger werden durch die Sozialindustrie bewirtschaftet und es gibt für den Leistungsbezügler kaum Anreize, rasch wieder auf eigenen Füßen zu stehen. Eine steigende Zahl von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen muss durch die Sozialhilfe der Gemeinden finanziert werden. Nachhaltige Lösungen, die unbequem sind, wie Kürzung der Sozialhilfe auf ein Minimum und die Einführung von stärkeren Anreizsystemen, sind gegenüber Politikern, die in irgendeiner Weise davon leben, schwer durchzusetzen.

Für die Finanzierung der Sozialwerke macht es einen grossen Unterschied, ob ein Leben lang einbezahlt wurde oder Menschen direkt in die Sozialhilfe einwandern. Gerade für junge Erwachsene ist ein ganzes Leben in der Sozialhilfe keine menschenwürdige Option. Die Gemeinden müssen wieder mehr Ermessensspielraum erhalten.

Bei der Altersvorsorge findet eine massive Verschiebung von jung zu alt statt. Als die AHV 1948 eingeführt wurde, lebte ein Mann im Alter von 65 Jahren noch 12 Jahre. Heute sind es bereits 19 Jahre. Bei den Frauen waren es damals 14 Jahre und heute sind es erfreuliche 22 Jahre. Das heisst, immer weniger Erwerbstätige müssen immer mehr Pensionierte finanzieren.

2030 ist die Kasse leer

Wurde ein Rentner 1948 noch durch 6,5 Erwerbstätige finanziert, waren es 2007 noch 3,7. Im Jahre 2035 werden es nur noch 2,1 Erwerbstätige sein. Wenn keine Gegenmassnahmen ergriffen werden, fehlen im AHV-Topf bis 2030 jährlich rund 7,5 Milliarden Franken. Auch der heute mit rund 44 Milliarden Franken gefüllte AHV-Fonds wird ohne Gegenmassnahmen bis 2030 leer geräumt sein.

Bisher sind auch hier keine strukturellen Lösungen in Sicht, mit der im Parlament verabschiedeten USR/AHV-Reform sollen einzig die Lohnabzüge erhöht und der AHV mehr Mittel aus dem Bundeshaushalt zugeführt werden. Damit werden die Probleme zugelegt und auf die jüngeren Generationen verschoben.

Dabei müssten endlich nachhaltige Lösungen umgesetzt werden wie die Flexibilisierung des Pensionsalters. Mit der individuellen Prämienverbilligung IPV werden untere und Einkommen entlastet werden. Die hohen Prämien treffen den Mittelstand.

Die Revision des Prämienverbilligungssystems ist dringend notwendig. Mit dem KVG haben wir es aber mit einem Obligatorium zu tun, das dem Bürger sehr wenig Handlungsspielraum lässt. Er ist gezwungen den ganzen Grundkatalog zu bezahlen, ob er

will oder nicht und egal wie die Prämien steigen.

Zweckentfremdung der Prämienverbilligung

Grosse Sorgen bereitet die zunehmende Zweckentfremdung des Prämienverbilligungstopfes. Nur noch etwas mehr als 50 Prozent von den rund 850 Mio. Franken von Bundes- und Kantonsanteilen fließen tatsächlich in die Prämienverbilligung, fast die Hälfte wird heute für Prämienübernahmen für EL-Beziehende und Sozialhilfeempfänger sowie für Verlustscheinübernahmen ausgegeben, Tendenz steigend!

Die angekündigte Initiative der SP wonach die Krankenkassenprämien auf maximal 10 Prozent des Einkommens zu beschränken sind, ist einmal mehr eine reine Verschiebung des Problems. Stattdessen müssen nun echte Massnahmen zur Kostensenkung umgesetzt werden. Die SVP begrüsst die Verlagerung von stationärer zu ambulanter Behandlung. Die Tarifstrukturen müssen optimiert und Fehlanreize zur Überversorgung verhindert werden. So werden zusatzversicherte Patienten immer noch viel häufiger operiert als Allgemeinversicherte.

Fazit

Je enger ein soziales Netz gespannt wird, desto stärker werden Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen eingeschränkt und desto grösser wird die Anspruchshaltung und desto stärker wächst wiederum der Wohlfahrtsapparat. Ein Sozialsystem kann nur so viel hergeben, wie die Wirtschaft finanzieren kann. Nur eine starke Wirtschaft kann ein ausgebautes Sozialsystem ermöglichen.

Mehr Umverteilung schwächt jedoch das Wirtschaftswachstum. Ein ausgebautes Sozialstaat und offene Grenzen gehen nicht. Wir haben viel Luxus zur Selbstverständlichkeit erklärt und die Politik will die Probleme lieber zudecken und verschieben, als sie zu lösen. Es braucht endlich strukturelle Lösungen sowohl in der Sozialhilfe, in der Altersvorsorge als auch im Gesundheitswesen.